

IHK Schleswig-Holstein | 23547 Lübeck

An den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Christian Dirschauer MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

per E-Mail:  
finanzausschuss@landtag.ltsh.de

### Federführung Steuern

Ihr Ansprechpartner:  
**Dr. Axel Job**  
Telefon:  
**0451 6006-237**  
Telefax:  
**0451 6006-4237**  
E-Mail:  
**axel.job@luebeck.ihk.de**

14.04.2026

### Antrag der Fraktion der SPD - Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten: Einführung eines gerechten Familiensplittings (Drucksache 20/40102)

Sehr geehrter Herr Dirschauer,

wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum o.g. Antrag der Fraktion der SPD.

Das Anliegen, Familien zu unterstützen und zugleich Erwerbsanreize zu stärken, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels erkennt die IHK Schleswig-Holstein an, dass steuerliche Rahmenbedingungen zur Mobilisierung zusätzlicher Erwerbspotenziale beitragen können. Aus Sicht der gewerblichen Wirtschaft ist jedoch entscheidend, dass steuerpolitische Reformen praktikabel, rechtssicher ausgestaltet sind und keine zusätzlichen bürokratischen und finanziellen Belastungen für Unternehmen verursachen.

Das Ehegattensplitting ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Ausdruck des verfassungsrechtlichen Schutzes der Ehe als Erwerbs- und Verbrauchsgemeinschaft. Die Spielräume für grundlegende Änderungen sind daher begrenzt. Soweit im bestehenden System Fehlanreize bestehen, hält die IHK Schleswig-Holstein allenfalls begrenzte, verfassungskonforme Weiterentwicklungen für prüfenswert, sofern diese nachweislich zur Ausweitung des Arbeitsangebots beitragen.

Die Einführung eines Familiensplittings sieht die IHK Schleswig-Holstein jedoch kritisch. Ein solches Modell würde das Einkommensteuerrecht weiter verkomplizieren, neue Mitnahme- und Abgrenzungseffekte und zusätzlichen Verwaltungsaufwand erzeugen, ohne dass eine gesicherte beschäftigungspolitische Wirkung erkennbar ist. Je nach konkreter Ausgestaltung und Übergangsregelungen kann es allerdings zu Mehrbelastungen von Steuerpflichtigen kommen, die nicht in allen Fällen vollständig kompensiert würden. Damit könnte auch die Steuerbelastung für Einzelunternehmen und Personengesellschaften in diesen Fällen deutlich steigen.

Insgesamt spricht sich die IHK Schleswig-Holstein daher gegen die Einführung eines Familiensplittings aus. Aus Sicht der Wirtschaft sind andere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung deutlich wirksamer als eine weitere Ausdifferenzierung des Einkommensteuertarifs. Dazu zählen insbesondere bessere Rahmenbedingung für die berufliche Bildung, ein kluge Zuwanderungspolitik und eine stärkere Integration von Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt sowie eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten.

Gerne stehen wir für eine mündliche Anhörung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Axel Job  
Federführung Steuern